

Inhalt.

Rechtslehre.

Einleitung: Aufgabe und Einteilung der philosophischen Rechtslehre.

1. Kapitel. Übersicht über die möglichen Rechtstheorien.

	Seite
§ 1. Juristischer Empirismus.	3
§ 2. Juristischer Mystizismus.	14
§ 3. Juristischer Ästhetizismus.	16
§ 4. Juristischer Logizismus.	17
§ 5. Juristischer Kritizismus.	22

2. Kapitel. Die Stellung der Rechtslehre im System der Metaphysik.

§ 6. Rechtslehre als praktische Metaphysik.	24
§ 7. Rechtslehre als praktische Naturlehre.	25
§ 8. Rechtslehre als äußere praktische Naturlehre.	27

3. Kapitel. Einteilung der philosophischen Rechtslehre.

§ 9. Formale und materiale Rechtslehre.	33
§ 10. Logik des Rechts und formale Metaphysik des Rechts.	35
§ 11. Methodische und praktische Bedeutung dieser Trennung.	36

I. Abteilung: Formale Rechtslehre.

1. Kapitel. Analytische Prinzipien der formalen Rechtslehre.

§ 12. Der Grundbegriff der formalen Rechtslehre.	40
§ 13. Momente der Form eines Rechtssatzes überhaupt.	41

	Seite
§ 14. Rechtliche Allgemeingültigkeit und rechtliche Differenzierung.	43
§ 15. Pflichtsubjekt und Rechtsubjekt.	45
§ 16. Rechtliche Autonomie und rechtliche Objektivität.	48
§ 17. Rechtszwang und rechtliche Freiheit.	51
§ 18. Rechtlicher Rigorismus und rechtlicher Indeterminismus. . .	53
2. Kapitel. Der synthetische Grundsatz der formalen Rechtslehre.	
§ 19. Der synthetische Grundsatz der formalen Rechtslehre.	55
3. Kapitel. Die Subsumtionsformeln der formalen Rechtslehre.	
§ 20. Die oberste Subsumtionsformel.	57
§ 21. Die erste Subsumtionsformel: Notwendigkeit der Gedankenmitteilung durch die Sprache.	61
§ 22. Die zweite Subsumtionsformel: Notwendigkeit bestimmter Verteilung des Besitzes.	63
§ 23. Die dritte Subsumtionsformel: Möglichkeit des Mangels an rechtlicher Einsicht.	64
§ 24. Die vierte Subsumtionsformel: Möglichkeit des Mangels an gutem Willen.	66
4. Kapitel. Die Postulate der formalen Rechtslehre.	
§ 25. Das erste Postulat: Das Recht der Sprache.	68
§ 26. Das zweite Postulat: Das Eigentumsrecht.	71
§ 27. Das dritte Postulat: Die Öffentlichkeit des Rechts.	73
§ 28. Das vierte Postulat: Die Rechtssicherheit.	78
§ 29. Schlußbetrachtung über den Grund der Möglichkeit formaler Rechtspostulate überhaupt.	79

2. Abteilung: Materiale Rechtslehre.

Einleitung.

§ 30. Übergang zur materialen Rechtslehre.	81
--	----

1. Kapitel. Der Obersatz der materialen Rechtslehre.

§ 31. Das Rechtsgesetz.	84
§ 32. Der synthetische Charakter des Rechtsgesetzes.	85
§ 33. Der formale Charakter des Rechtsgesetzes.	87
§ 34. Der limitierende Charakter des Rechtsgesetzes.	89

2. Kapitel. Die Subsumtionsformeln der materialen Rechtslehre.		
§ 35.	Die Subsumtionsformeln der materialen Rechtslehre.	90
3. Kapitel. Die Postulate der materialen Rechtslehre.		
§ 36.	Das erste Postulat: Das Vertragsrecht.	91
§ 37.	Das zweite Postulat: Das positive Gesetz.	95
§ 38.	Das dritte Postulat: Die Verteilung des Eigentums nach dem Prinzip der persönlichen Gleichheit.	97
§ 39.	Das vierte Postulat: Das Strafrecht.	98
4. Kapitel. Das Naturrecht.		
§ 40.	Die Unmöglichkeit des sogenannten Naturrechts.	105
§ 41.	Das Prinzip der Spezifikation.	107
§ 42.	Die Wandelbarkeit aller positiven Gesetzgebung.	109
§ 43.	Die Bedingung der Möglichkeit eines Naturrechts.	110
§ 44.	Die Subsumtionsformel zur Ableitung des Naturrechts.	113
§ 45.	Das formale Naturrecht.	114
§ 46.	Die Inhaltsbestimmung des Ideals.	116
§ 47.	Das materiale Naturrecht.	116
§ 48.	Die Unveräußerlichkeit des Rechts auf Geistesfreiheit.	118
§ 49.	Die Widerrechtlichkeit aller künstlichen Bevormundung.	119

Politik.

Einleitung: Aufgabe und Einteilung der philosophischen Politik.

§ 50.	Vorläufige Begriffsbestimmung der Politik.	125
§ 51.	Politik als Kunst und als Wissenschaft.	130
§ 52.	Gesellschaft und Staat.	131
§ 53.	Staat und Staatenbund.	132
§ 54.	Empirische und philosophische Staatslehre.	133
§ 55.	Theoretische und praktische Staatslehre.	138
§ 56.	Von den Aufgaben der philosophischen Politik.	144
§ 57.	Übersicht über die Einteilung der philosophischen Politik.	150

I. Abteilung: Formale Staatspolitik.

1. Kapitel. Das Prinzip der formalen Staatspolitik.		Seite
§ 58.	Der Obersatz.	154
§ 59.	Der Untersatz.	158
§ 60.	Der Schlußsatz.	160
2. Kapitel. Das Problem der Möglichkeit des Staates.		
§ 61.	Der politische Anarchismus.	161
§ 62.	Verallgemeinerung des Problems. Unvermeidlichkeit der Herrschaft der Gewalt in der Natur.	163
§ 63.	Auflösung des allgemeinen Problems. Gewalt und rechtlose Gewalt.	164
§ 64.	Anwendung auf das Problem der Möglichkeit des Staates. Staat und Despotie.	165
§ 65.	Schematische Übersicht über das Problem und seine Auflösung.	168
§ 66.	Politischer Idealismus und politischer Realismus.	170
3. Kapitel. Das Problem der Verfassungspolitik.		
§ 67.	Die Verfassung des Staates.	174
§ 68.	Die Aufgabe der folgenden Untersuchungen.	176
4. Kapitel. Das Rechtsverhältnis zwischen Volk und Regierung.		
§ 69.	Unmöglichkeit einer Unabhängigkeit der Gesetzgebung und Rechtsprechung von der Regierung.	181
§ 70.	Unmöglichkeit eines politischen Schutzes des Rechtsverhältnisses zwischen Volk und Regierung.	183
§ 71.	Das Postulat der Einheit der Staatsgewalt.	185
§ 72.	Die Sophistik der konstitutionellen Garantien.	186
§ 73.	Unmöglichkeit eines rechtlichen Prinzips der Staatsverfassung überhaupt.	189
§ 74.	Folgen der Verkennung des bewiesenen Satzes.	197
§ 75.	Die Antinomie des Staatsrechts.	199
5. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Allgemeingültigkeit.		
§ 76.	Gesetzliche Gebundenheit aller Regierungsmaßnahmen.	204
§ 77.	Das Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte.	205
§ 78.	Positive Anforderung der Rechtlichkeit der Gesetzgebung.	208

6. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Differenzierung.

	Seite
§ 79. Der Trugschluß aus dem Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte auf das Recht der Volkssouveränität. . . .	209
§ 80. Der Trugschluß aus dem Begriff des allgemeinen Willens. . .	212

7. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Autonomie. (Kritik des politischen Autoritätsprinzips.)

§ 81. Rechtliche Unmöglichkeit jedes politischen Autoritätsprinzips.	216
§ 82. Das Postulat der Publizität.	218
§ 83. Das materiale Autoritätsprinzip.	220
§ 84. Widerspruch des materialen Autoritätsprinzips.	222
1. Unmöglichkeit eines allgemeinen Gesetzes der Verbindlichkeit von Befehlen überhaupt.	223
2. Notwendigkeit eines a priori feststehenden Kriteriums der Autorität.	224
3. Unmöglichkeit eines rechtlichen Kriteriums der Autorität.	224
4. Die Macht als Kriterium der Autorität.	225
5. Widerspruch eines solchen Kriteriums.	226
§ 85. Abstrakter Beweis der Unmöglichkeit des materialen Autoritätsprinzips.	227
§ 86. Die Hierarchie als Konsequenz des politischen Autoritätsprinzips	229
1. Notwendigkeit der Einheit des Oberhauptes der Hierarchie.	231
2. Notwendigkeit seines Anspruchs auf Unfehlbarkeit. . . .	232
3. Notwendigkeit seines Anspruchs auf die Weltherrschaft. .	232
4. Vertretbarkeit der geistlichen Autorität durch ein Dokument.	233
5. Widerspruch der Freiheit der Auslegung eines solchen Dokuments.	233
6. Unmöglichkeit der Duldung des Rechtsstaates seitens der Hierarchie.	234
7. Unmöglichkeit der Duldung der Hierarchie seitens des Rechtsstaates.	235

8. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Objektivität. (Kritik des Prinzips der Volkssouveränität.)

§ 87. Unmöglichkeit eines rechtlichen Prinzips der Volkssouveränität.	235
§ 88. Der Trugschluß aus dem Postulat der Publizität auf das Prinzip der demokratischen Kontrolle.	239
§ 89. Widerspruch jeder rechtlichen Einschränkung des Prinzips der Volkssouveränität.	242

	Seite
§ 90. Der Trugschluß aus der Verwechslung von rechtlicher und moralischer Autonomie auf das sogenannte Recht der Gewissensfreiheit.	245
§ 91. Der Trugschluß aus der Subjektivität der Rechtsüberzeugung auf das Prinzip der politischen Gleichberechtigung.	249
§ 92. Widerspruch des Kriteriums der Möglichkeit der Anerkennung.	253
§ 93. Widerspruch des Kriteriums der Einwilligung.	254
§ 94. Widerspruch der staatsrechtlichen Vertragstheorie.	257
§ 95. Widerspruch des Kriteriums der Möglichkeit der Einwilligung.	259
§ 96. Das materiale Prinzip der Volkssouveränität.	259
§ 97. Widerspruch jedes materialen Prinzips der Volkssouveränität.	261
§ 98. Abstrakter Beweis der Unmöglichkeit eines solchen Prinzips.	264
§ 99. Der demagogische Despotismus als Konsequenz des demokratischen Prinzips.	265
§ 100. Demokratie und Aufstieg der Tüchtigen.	267

9. Kapitel. Positive Lösung des Problems der Souveränität.

§ 101. Das Postulat der Herrschaft der Weisen.	270
§ 102. Das Problem der Auswahl des Weisesten.	274
§ 103. Das Postulat der wissenschaftlichen Kontrolle.	276
§ 104. Das Postulat der Regentenerziehung.	277

10. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Freiheit.

§ 105. Die rechtliche Freiheit als Prinzip der Beschränkung der Regierungsgewalt.	279
§ 106. Rechtsschutz und Interessenschutz.	281

11. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Zwanges.

§ 107. Der Rechtszwang als Prinzip der Unbeschränktheit der Regierungsgewalt.	283
§ 108. Liberalismus und Sozialismus.	284

12. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Indeterminismus.

§ 109. Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Indeterminismus.	285
--	-----

13. Kapitel. Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Rigorismus.

	Seite
§ 110. Der Primat des Rechtsideals.	287
§ 111. Mögliche Staatszwecke: Wohlfahrt und Kultur.	289
§ 112. Verhältnis der Rechtspolitik zu Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik.	292
§ 113. Die unbeschränkte Notwendigkeit der Postulate der Rechtspolitik.	293

14. Kapitel. Rechtlicher Rigorismus und politischer Realismus. (Kritik des politischen Utopismus.)

§ 114. Utopismus und Opportunismus.	295
§ 115. Der politische Moralismus.	297
§ 116. Realistische Bedeutung der materialen Staatsphilosophie.	300

2. Abteilung: Materiale Staatspolitik.

Einleitung.

§ 117. Allgemeine Vorbemerkung zur materialen Staatsphilosophie.	302
§ 118. Einteilung der materialen Staatsphilosophie.	305

1. Stück: Kritik der Prinzipien der Übereinkunftsgesetzgebung.

1. Kapitel. Die Gesetzgebung für das Vertragsrecht.

§ 119. Notwendigkeit gesetzlicher Regelung des Vertragsrechts.	308
§ 120. Grenzen der Verbindlichkeit der Verträge: Rechte Dritter, Nötigung und Irrtum.	309
§ 121. Unbestimmtheit des Vertrages.	311

2. Kapitel. Die Gesetzgebung für das Eigentumsrecht.

§ 122. Notwendigkeit der Verteilung des Eigentums durch gesetzliche Übereinkunft.	312
§ 123. Das Erbrecht.	315
§ 124. Das Eherecht.	317

3. Kapitel. Die Gesetzgebung für das Vormundschaftsrecht.

§ 125. Notwendigkeit gesetzlichen Schutzes der Rechte der Unmündigen.	320
---	-----

	Seite
§ 126. Gründe der Unmündigkeit.	322
§ 127. Das Recht der Tiere.	323
§ 128. Das Recht der Kinder.	325

2. Stück: Kritik der Prinzipien der Zwangsgesetzgebung.

§ 129. Einleitung.	327
----------------------------	-----

1. Kapitel. Die Sozialpolitik.

§ 130. Begriff und Einteilung der Sozialpolitik.	328
--	-----

1. Teil: Das Prinzip der Sozialpolitik.

§ 131. Das Rechtsideal als Prinzip der Sozialpolitik.	331
§ 132. Abhängigkeit der Befriedigung der Bedürfnisse vom Besitz.	333
§ 133. Abhängigkeit des Besitzes von der Arbeit.	334
§ 134. Persönliche Gleichheit und geschäftliche Unterordnung.	336
§ 135. Persönliche Gleichheit und Ungleichheit des Besitzes und der Arbeit.	337
§ 136. Die Zuteilung von Besitz und Arbeit.	338
§ 137. Arbeit als Mittel zum Besitz und als Befriedigung eines Bedürfnisses.	339
§ 138. Das Prinzip der Entlohnung der Arbeit.	342
§ 139. Sonderfälle.	347
§ 140. Die Verteilung des Einkommens.	348
§ 141. Verhältnis der Armut zu Reichtum, Wohlstand und Luxus.	350
§ 142. Notwendigkeit der Berücksichtigung der Qualität der Bedürfnisse.	353
§ 143. Das Ideal der Menschenwürde als Prinzip der Bewertung der Interessen nach ihrer Qualität.	358
§ 144. Wohlstand als das zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens hinreichende Maß von Besitz.	360
§ 145. Wohlstand als das zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens notwendige Maß von Besitz.	361

2. Teil: Die Methode der Sozialpolitik.

§ 146. Vom sozialpolitischen Utopismus.	363
§ 147. Persönliche Ungleichheit als Folge des Privatbesitzes.	366
§ 148. Der Begriff des sozialen Unrechts.	367
§ 149. Entscheidung des Falles der Unzulänglichkeit des verteilbaren Gütervorrats zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens aller.	370
§ 150. Das Problem des Kapitalismus.	372
§ 151. Sozialismus und Kommunismus.	373

	Seite
§ 152. Unmöglichkeit, sowohl aus der durch den Kommunismus bedingten Unfreiheit auf die Notwendigkeit des Privatbesitzes, wie aus der durch den Privatbesitz bedingten Ungleichheit auf die Notwendigkeit des Kommunismus zu schließen.	376
§ 153. Das Problem der folgenden Untersuchungen.	378
§ 154. Notwendigkeit der Zuteilung der Arbeit durch den kommunistischen Staat.	380
§ 155. Wechselseitige Abhängigkeit von Produktion und Verteilung.	381
§ 156. Das Problem des Kryptokapitalismus.	384
§ 157. Die durch den Kommunismus bedingte Ungleichheit.	385
§ 158. Unmöglichkeit der Wahrung der Freiheit der höheren Berufe durch Einschränkung des Prinzips der staatlichen Arbeitszuteilung.	388
§ 159. Das Problem des Kommunismus unter der Herrschaft der Weisen.	391
§ 160. Der technische Gesichtspunkt.	392
§ 161. Der formal-rechtliche Gesichtspunkt.	393
§ 162. Der material-rechtliche Gesichtspunkt.	394
§ 163. Nichtigkeit der Alternative zwischen kommunistischer Diktatur und sozialistischer Demokratie.	398
§ 164. Unmöglichkeit der Ausschließung des Despotismus durch Aufhebung der Berufsteilung.	400
§ 165. Unmöglichkeit der Ausschließung des Despotismus durch die Wirtschafts-Demokratie.	402
§ 166. Regulative Bedeutung des Ideals der Gleichheit für die Sozialpolitik.	404
§ 167. Beispiele.	406

2. Kapitel. Die Kulturpolitik.

1. Teil: Das Prinzip der Kulturpolitik.

§ 168. Trennung der kulturpolitischen Aufgabe von der sozialpolitischen.	409
§ 169. Die rechtliche Aufgabe der Kulturpolitik.	411
§ 170. Das Rechtsideal als Prinzip der Kulturpolitik.	413

2. Teil: Die Schulpolitik.

§ 171. Das Recht auf Bevormundung.	416
§ 172. Bedingtheit des Rechts auf Vormundschaft durch den Nachweis der Unmündigkeit.	417
§ 173. Das Recht auf Erziehung.	419
§ 174. Die rechtliche Notwendigkeit der Einheitsschule.	421
§ 175. Die rechtlichen Grenzen des Schulzwanges.	422
§ 176. Das Rechtsverhältnis der Kinder zu den Eltern.	423

	Seite
§ 177. Widerrechtlichkeit alles dogmatischen Unterrichts.	424
§ 178. Künstliche Bevormundung als angebliches Staatsinteresse.	426
§ 179. Die Bedeutung des Lehrerstandes im Staat.	427

3. Teil: Die Hochschulpolitik.

§ 180. Die Hochschule als notwendiger Gegenstand der Staatsfürsorge.	428
§ 181. Grenzen der staatlichen Wirksamkeit zur Förderung der Kultur.	430
§ 182. Unbedingte Vorzugswürdigkeit des Interesses der sittlichen Wahrhaftigkeit als Grund einer a priori auszuzeichnenden hochschulpolitischen Aufgabe des Staates.	431
§ 183. Hochschulpolitische Folgerungen aus dem Prinzip der persönlichen Gleichheit.	433
§ 184. Die Freiheit der Wissenschaft.	435

4. Teil: Die Kirchenpolitik.

§ 185. Der Begriff der Kirche.	440
§ 186. Das kirchenpolitische Toleranzprinzip.	442
§ 187. Unvereinbarkeit des Toleranzprinzips mit der Anerkennung eines Ideals der Menschenwürde überhaupt.	444
§ 188. Das Prinzip der Hierarchie.	447
§ 189. Das unveräußerliche Recht auf Geistesfreiheit als Prinzip der Kirchenpolitik.	450
§ 190. Das Problem der Unverletzlichkeit der Geistesfreiheit.	452
§ 191. Notwendigkeit von Staatseingriffen zum Schutz des Rechtes auf Geistesfreiheit.	454
§ 192. Die Gefahr des Mißbrauchs der Staatsgewalt.	456
§ 193. Toleranz als politischer Notbehelf mangels hinreichender Weisheit der Regierung.	456
§ 194. Die kirchenpolitischen Folgen der formalistischen Rechtsauffassung.	459
§ 195. Das Dogma des liberalen Optimismus.	466
§ 196. Das Problem der Möglichkeit des staatlichen Schutzes der Geistesfreiheit.	469
§ 197. Widerspruch des Arguments der Unschützbarkeit der Geistesfreiheit.	472
§ 198. Auflösung des Scheins.	476
§ 199. Das Kriterium des kirchenpolitisch notwendigen Staatseingriffs.	480
§ 200. Die Widerrechtlichkeit der Hierarchie.	482
§ 201. Auflösung des scheinbaren Widerspruchs zwischen dieser Lösung und der des analogen sozialpolitischen Problems.	483

	Seite
§ 202. Praktische Bedeutung der diese Lösung bedingenden Theorie des wahren Interesses.	485
§ 203. Kirche als moraltheologische Lehranstalt und als freie Kultgemeinschaft.	487
§ 204. Allgemeine Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Kirche.	490
§ 205. Bekenntniskirche und freie Kultgemeinschaft im Verhältnis zum Rechtsstaat.	492

3. Kapitel. Die Kriminalpolitik.

§ 206. Die Prinzipien der Kriminalpolitik.	495
§ 207. Die Paradoxie des strafrechtlichen Rechtszustands.	496
§ 208. Das Recht, zu strafen, überhaupt.	497
§ 209. Rechtliche Möglichkeit und politische Notwendigkeit der Strafandrohung zur Verhinderung der Verbrechen.	498
§ 210. Die Befugnis zur Vollziehung der angedrohten Strafe.	502
§ 211. Abschreckung und Besserung durch Strafvollziehung.	504
§ 212. Von der strafrechtlichen Zurechnung.	505
§ 213. Das Begnadigungsrecht.	506

3. Abteilung: Staatenpolitik.

1. Kapitel. Das Prinzip der formalen Staatenpolitik.

§ 214. Der Obersatz.	508
§ 215. Der Untersatz.	510
§ 216. Der Schlußsatz.	511

2. Kapitel. Staat und Völkerrecht.

§ 217. Staatenbund und Bundesstaat.	513
§ 218. Souveränität und Völkerrecht.	517
§ 219. Staatsinteresse und Völkerrecht.	519

3. Kapitel. Krieg und Frieden.

§ 220. Nationale Macht und Ehre.	524
§ 221. Die Eroberungspolitik.	526
§ 222. Die Rüstungspolitik.	530
§ 223. Die Demokratie und der Friede.	532
§ 224. Neutralität und Intervention.	534

4. Kapitel. Die Verfassung des Staatenbundes.

	Seite
§ 225. Unmöglichkeit der Beschränkung und Teilung der Bundesgewalt.	536
§ 226. Nichtigkeit des Prinzips der repräsentativen Gleichheit der Staaten.	538
§ 227. Die Stabilität des Staatenbundes.	541

5. Kapitel. Die Gebietsverteilung.

§ 228. Okkupation und Status quo.	544
§ 229. Selbstbestimmung und Vertrag.	545
§ 230. Handels- und Siedlungsrecht.	546
§ 231. Vormundschaftsrecht.	548

4. Abteilung: Parteipolitik.

1. Kapitel. Das Prinzip der formalen Parteipolitik.

§ 232. Der Obersatz.	550
§ 233. Der Untersatz.	554
§ 234. Der Schlußsatz.	556

2. Kapitel. Das Problem der Möglichkeit des Parteiideals.

§ 235. Die Paradoxie im Begriff des Parteiideals.	558
§ 236. Parteiinteresse und Staatsinteresse.	559
§ 237. Widerspruch der Ablehnung des Parteiideals bei Anerkennung des Staatsideals.	561

3. Kapitel. Kritik der parteipolitischen Dogmatik.

§ 238. Der parteipolitische Fatalismus.	562
§ 239. Der Grundsatz der parteipolitischen Nicht-Intervention.	564
§ 240. Der Grundsatz des parteipolitischen Faustrechts.	566
§ 241. Die Antinomie der formalen Parteipolitik.	568
§ 242. Vom Recht der Revolution.	569
§ 243. Vom Recht des Parlamentierens.	574

4. Kapitel. Das Problem der Parteiverfassung.

§ 244. Regentschaft und Führerschaft.	579
§ 245. Führerschaft und demokratische Kontrolle.	581
§ 246. Führerschaft und Autorität.	583

5. Kapitel. Die Realisierbarkeit des Rechts.

	Seite
§ 247. Die Möglichkeit der Rechtsverwirklichung.	586
§ 248. Die Möglichkeit der Vernunftorganisation.	593

6. Kapitel. Pädagogisches und politisches Ideal.

§ 249. Der Schein des Zirkels im politischen Ideal.	600
§ 250. Unmöglichkeit der Verwirklichung des Rechtsideals durch das pädagogische Ideal.	603
§ 251. Notwendigkeit des politischen Mittels zur Sicherung des Rechts.	604
§ 252. Begrenzte Bedeutung des pädagogischen Mittels im Dienst des Rechtsideals.	607